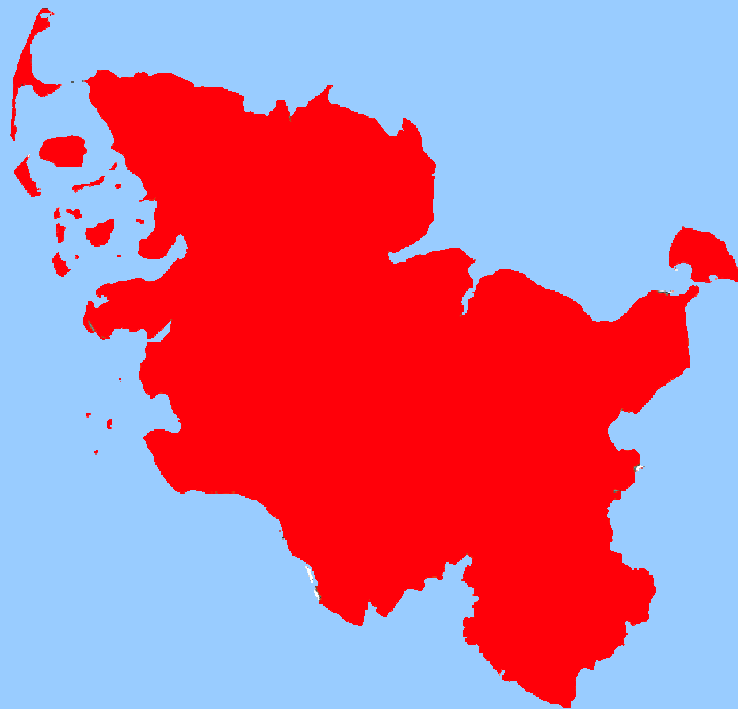


Stand: 14.10.2011

Politik für ein starkes Land

ENTWURF
FÜR EIN REGIERUNGSPROGRAMM 2012-2017



SPD

POLITIK FÜR EIN STARKES LAND	4
1. CHANGENGLEICHHEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT	6
1.1 In Bildung investieren.....	6
Gute Bildung von Anfang an.....	6
Gute Schule für alle - gemeinsam lernen	7
Neue Lehrerausbildung	8
Stärkung der beruflichen Bildung	8
Gute Hochschulen in Schleswig-Holstein	9
Forschung und Lehre für die Zukunft!.....	10
Weiterbildung für die Zukunft.....	10
Kreatives Schleswig-Holstein	11
1.2 Die Situation von Familien verbessern.....	11
Zukunft für Kinder und eine kinderfreundliche Gesellschaft	12
Teilhabe von Jugendlichen.....	12
Familien stärken	13
Lebensqualität im Alter.....	13
1.3. Gleichstellung	14
1.4 Teilhabe von Menschen mit Behinderung.....	14
1.5 Gesundheitsland Schleswig-Holstein	15
Gute Pflege	16
2. ERNEUERBARE ENERGIEN UND KLIMASCHUTZ	16
2.1 Erneuerbare Energienutzung – Atomausstieg – kein CCS	16
2.2 Wasser, Luft und Boden schützen	18
2.3 Natur schützen, Artenvielfalt erhalten	18
2.4 Moderne ländliche Räume	19
3. STARKE WIRTSCHAFT – GUTE ARBEIT	19
3.1. Gute Arbeit.....	19
3.2. Aktive Arbeitsmarktpolitik.....	20
3.3 Wirtschaft stärken, Wachstumskerne eröffnen neue Chancen	20
3.4. Tourismus	21
3.5 Mobilität ermöglichen - Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen.....	21
ÖPNV und Schienenverkehr als Grundpfeiler individueller Mobilität	22
Hafenanbindung	22
Elektromobilität.....	22
4. STARKE POLITIK IN EUROPA	23
Minderheitenpolitik	23
Schleswig-Holstein stark in Europa	23
5. BÜRGERBETEILIGUNG UND EHRENAMT STÄRKEN	24
Bürgerschaftliches Engagement.....	24
6. INNERE SICHERHEIT – VERWALTUNGSREFORM	25
5.1 Innere Sicherheit, modernes Recht und Justiz.....	25
Kampf gegen Rechts.....	25
5.2 Zukunftsfähige Kommunen und Verwaltungen	26
Wir stärken die Städte	26
Starke Kommunen.....	26
Norddeutsche Kooperation.....	27
7. SCHLESWIG-HOLSTEIN – HEIMAT FÜR ALLE!	27

Die Mitglieder haben das Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

gemeinsam mit unserem Spitzenkandidaten Torsten Albig haben wir in einem engagierten Demokratiesommer viele Ideen für das Regierungsprogramm 2012 – 2017 gesammelt. In 15 Zukunftsgesprächen im ganzen Land und einer lebhaften Online-Diskussion (auf www.demokratiesommer.de) haben wir die Menschen immer wieder gefragt: Was ist Ihnen wirklich wichtig? Wir haben dabei überall Menschen getroffen, die mit uns über die Zukunft unseres Landes sprechen wollten. Wir alle haben immer wieder festgestellt: Dieses Land hat große Potentiale, die wir besser nutzen wollen und müssen.

Auf dem BürgerparteiTag in Rendsburg haben wir die zentralen Themen des Demokratiesommers vertiefend diskutiert. Die Ergebnisse des BürgerparteiTags - aber auch die über 600 Ideen aus den Zukunftsgesprächen und der Online-Diskussion - haben wir mitgenommen auf unserem Weg in die Regierungsverantwortung.

Eine vom Landesvorstand beauftragte Programm-Kommission unter Leitung von Brigitte Fronzek und Uwe Döring hat nun ein erstes Diskussionspapier für die Arbeit an dem Regierungsprogramm erarbeitet. In unseren Ortsvereinen, Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften setzen wir die Diskussion aus dem Demokratiesommer fort.

Die Partei hat jetzt das Wort! Und unsere Türen sind weiterhin geöffnet. Wir freuen uns über jede Form der Beteiligung innerhalb unserer Beratungen. Die eingereichten Anträge aus Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Kreisparteitagen, die bis zum 10.12.2011 eingehen, werden in einer Klausurtagung am 16./17.12.2011 von der Programmkommission bearbeitet. Einen Entwurf des Regierungsprogramms wird der Landesvorstand am 9. Januar 2012 beschließen. Dieser wird anschließend Grundlage für den LandesparteiTag am 3. und 4. Februar 2012 in Lübeck. Wir freuen uns weiterhin auf eine lebendige Debatte!

Ich danke den Mitgliedern der Programmkommission herzlich für Ihre Arbeit. Dieser Programmwurf ist die Grundlage für die weitere Diskussion in der Partei.



Ralf Stegner

Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein

1 **POLITIK FÜR EIN STARKES LAND**

2 Wir werden Schleswig-Holstein gut regieren. Vernünftig. Verlässlich. Vertrauensvoll.
3 Unser Land braucht eine starke Landesregierung mit Ideen und Perspektiven für
4 unsere Zukunft. Eine Landesregierung mit Leidenschaft, mit Mut und mit Weitsicht.
5

6 Wir gestalten die moderne Bürgergesellschaft in Schleswig-Holstein. Im Dialog mit
7 den Menschen arbeiten wir offen, kreativ und transparent.

8 Wir schaffen ein soziales und solidarisches Schleswig-Holstein. Ein Land in dem
9 niemand zurückgelassen wird und in dem die Menschen füreinander einstehen.
10 Ein Schleswig-Holstein in dem wir gemeinsam und in Vielfalt gut leben können. Wir
11 setzen uns für „Gute Arbeit“ und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten ein.
12

13 Gute Bildung ist das Fundament für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.
14 Wir gestalten deshalb die Bildungsangebote so, dass jeder und jede in Schleswig-
15 Holstein den bestmöglichen Bildungsabschluss erreicht, unabhängig von der
16 sozialen Herkunft, vom Geschlecht, von der Hautfarbe oder der Religion.
17

18 Wir werden den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nachhaltig entwickeln. Dazu
19 werden wir unser Land zum führenden Standort für innovative und erneuerbare
20 Energien sowie für Technologien zum Energiesparen ausbauen. Hier gibt es die
21 Chance auf neue Arbeitsplätze und neues Einkommen in Handwerk und
22 Unternehmen. Wir werden zudem erfolgreiche Wirtschaftsfelder stärken, wie z.B. die
23 maritime Wirtschaft, den Tourismus, die Gesundheitswirtschaft und die
24 Medizintechnologie.
25

26 Wir sind ein starker Teil Norddeutschlands und ein guter Nachbar. Von uns gehen
27 neue Initiativen für Zusammenarbeit und Entwicklung aus. Wir sind Teil der sozialen,
28 ökologischen und wirtschaftlichen Dynamik im Ostseeraum. Wir nutzen diese
29 Chancen der Zusammenarbeit für die Menschen in unserem Land.
30

31 **Unsere Grundsätze sind dabei:**

- 32 1. Unsere Politik orientiert sich am Leitbild einer solidarischen Gesellschaft.
33 Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unsere Richtschnur bei allen
34 politischen Entscheidungen.
35
- 36 2. Die Bürgerinnen und Bürger werden wir in Planungen und
37 Entscheidungsprozesse einbinden. Bei der Erarbeitung dieses
38 Regierungsprogramms haben wir mit den Zukunftsgesprächen begonnen, die
39 Menschen unseres Landes mit ihren Ideen zu beteiligen. Viele dieser Ideen sind
40 in unser Regierungsprogramm eingeflossen. Auch künftiges Regierungshandeln
41 wird nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Wir werden aktiv auf die
42 Menschen zugehen, um ihre Ideen, Wünsche und Visionen für unser Land bei
43 unseren Entscheidungen zu berücksichtigen.¹
44
- 45 3. Wir setzen eine zukunftsorientierte Finanzpolitik um, die sich am Dreiklang von
46 Einsparungen, Einnahmeverbesserungen und strukturellen Reformen ausrichtet.
47 Wir versprechen nur, was wir auch halten können. Die Finanzsituation des

¹Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

48 Landes und die Schuldenbremse setzen uns dabei enge Grenzen. Bis 2020
49 werden wir einen nachhaltigen und ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

50
51 Um künftig auf Dauer ausgeglichene Haushalte zu erreichen und damit die
52 Gestaltungsfähigkeit der Politik zu stärken, müssen wir nicht nur die strukturellen
53 Defizite des Landeshaushalts ausgleichen, sondern vor allem auch die strukturellen
54 Probleme des Landes beheben, die immer wieder neue Haushaltslöcher schaffen.

55
56 Die größten strukturellen Probleme des Landeshaushalts sind:

- 57 • unterdurchschnittliche Einnahmen bei den Unternehmenssteuern und der
58 Einkommensteuer,
- 59 • überdurchschnittliche Ausgaben bei den Sozialleistungen,
- 60 • überdurchschnittliche Ausgaben beim Kreditdienst.

61
62 Diese Probleme sind darauf zurückzuführen, dass wir in Schleswig-Holstein nur
63 wenige große Unternehmen und keine hohen Verdienstmöglichkeiten haben. Viele
64 Menschen sind deshalb auf soziale Transferleistungen angewiesen. Um annähernd
65 gleiche Lebensverhältnisse wie in den anderen Ländern zu erreichen, wurden diese
66 Defizite über Jahrzehnte durch Kreditaufnahmen ausgeglichen.

67
68 Um diesem zu begegnen benötigen wir:

- 69 • gut ausgebildete Menschen, die qualifizierte Arbeit im Lande finden,
- 70 • zukunftssichere Arbeitsplätze mit guten Verdienstmöglichkeiten,
- 71 • wirtschaftliches Wachstum in Zukunftsbranchen, die auch für Fachkräfte und
72 Unternehmen außerhalb Schleswig-Holsteins attraktiv sind,
- 73 • eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Land und Kommunen, um die in
74 über rund 50 Jahren aufgelaufenen Schulden über einen entsprechend langen
75 Zeitraum wieder abbauen zu können.

76
77 Dieses werden wir durch eine nachhaltige und solide Finanzpolitik erreichen, die
78 klare Prioritäten setzt.

79
80 Wir stehen für:

- 81 • kontinuierlichen Defizitabbau durch sparsame Haushaltsführung.
- 82 • Stärkung von Bildungsinvestitionen, mit denen wir künftige Belastungen des
83 Haushaltes durch Sozialtransfer nachhaltig senken helfen.
- 84 • Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende
85 zur Stärkung der Wachstumskraft unseres Landes.
- 86 • Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

87
88 Eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Schuldenabbau ist qualitatives
89 Wachstum. Wir bekennen uns zu einer wachstumsorientierten Konsolidierung.

90
91 Dazu gehört, dass wir konjunkturbedingte Mehreinnahmen zur Senkung der
92 Schulden einsetzen werden.

93
94 Wir werden:

- 95 • Wirtschaftssubventionen sozialverträglich abbauen,
- 96 • die Landesverwaltung modernisieren und straffen und

- 97 • uns auf Bundesebene für eine Erhöhung der Steuern auf sehr hohe
98 Einkommen und Vermögen einsetzen.
99

100 Das Land benötigt neben einem Abbau der Ausgaben endlich wieder eine
101 angemessene und solide Einnahmebasis. Eine Zustimmung zu künftigen
102 Steuersenkungen wird es daher erst geben können, wenn ein ausgeglichener
103 Haushalt ohne neue Schulden nachhaltig erreicht wurde.
104

105 Zum Abbau der Schulden der Vergangenheit werden wir im Rahmen der
106 Neuordnung des Länderfinanzausgleichs erneut über einen Altschuldenfonds
107 verhandeln. In den nächsten 5 Jahren werden neue Aufgaben grundsätzlich nur
108 bezahlbar sein, wenn sie dauerhaft gegenfinanziert sind.
109

110 Auf diese Weise werden wir mit einer soliden Finanzpolitik unser Land zukunftsfähig
111 machen.

112 **1. CHANCENGLEICHHEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT**

113 **1.1 In Bildung investieren**

114 Wir treten ein für gleiche Bildungschancen, für hohe Bildungsqualität, individuelle
115 Förderung und ein lebenslanges Lernen. Daher wollen wir, dass auch bei sinkenden
116 Schülerinnen- und Schülerzahlen möglichst viele Finanzmittel im Bildungsetat
117 verbleiben.
118

119 Die Priorität Bildung muss finanziell abgesichert sein. Das gilt auch bei rückläufigen
120 Schülerzahlen, die bis 2020 landesweit voraussichtlich um 20 % zurückgehen
121 werden. Wir werden mindestens 50% der freiwerdenden Stellen an den Schulen
122 belassen, damit ein Zugewinn für die Unterrichtsqualität und die Fördermaßnahmen
123 ermöglicht wird.
124

125 Die Bildungschancen für unsere Kinder dürfen auch nicht in einem finanziellen
126 Wettlauf zwischen reicheren und ärmeren Bundesländern verteilt werden. Deshalb
127 muss auch der Bund wieder in die schulische Bildung investieren, für gute
128 frühkindliche Bildung, für gute Ganztagschulen, für Schulsozialarbeit an jeder
129 Schule. Dafür muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der
130 Bildungspolitik aufgegeben werden.

131 **Gute Bildung von Anfang an**

132 Bei der Chancengleichheit kommt es auf den Anfang an:

- 133 • Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren hat daher für
134 uns besondere Priorität, damit setzen wir den Rechtsanspruch auf Betreuung
135 bedarfsgerecht schrittweise um.²
136
- 137 • Ein weiteres Ziel ist es, schrittweise für alle Kinder den Besuch von drei
138 Kindergartenjahren im Rahmen von täglich fünf Stunden vor der Schule
139 beitragsfrei zu ermöglichen.³ Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode
140 mindestens ein Kita-Jahr beitragsfrei stellen.
141

² Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

³ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

- 142 • Das Land wird seiner Mitverantwortung für den Ausbau und die qualitative
143 Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein durch
144 entsprechende Zuschüsse an die Träger gerecht werden.
145
- 146 • Zusammen mit den Trägern der Kindertagesstätten werden wir die
147 Ausgestaltung zu Familien-Zentren und die im Schulgesetz und KITA-Gesetz
148 verankerte Zusammenarbeit zwischen KITA und Schule weiterentwickeln.

149 **Gute Schule für alle - gemeinsam lernen**

150 Jedes Kind muss unabhängig von seiner Herkunft gleiche Chancen für seine
151 persönliche Entfaltung und beruflichen Lebensperspektiven haben. Das Recht auf
152 gute Bildung für alle wird nur durch ein Bildungssystem erfüllt, in dem die individuelle
153 Förderung das Leitprinzip ist.

- 154
- 155 • Alle Kinder und Jugendlichen sind gleich wichtig und wertvoll. Sie haben einen
156 Anspruch auf individuelle Förderung im Schulsystem.⁴
157
- 158 • Wir wollen die vorschulische Sprachförderung in den Kindertagesstätten und
159 das Angebot einer Sprachintensivförderung unmittelbar vor der Schule
160 weiterentwickeln.
161
- 162 • Wir wollen möglichst alle Kinder gemeinsam unterrichten.⁵ Inklusion in der
163 Bildung ist ein zentrales Ziel.
164
- 165 • Unser Ziel ist, jedem Kind einen qualitativen Schulabschluss zu ermöglichen.
166 Wir wollen die Kinder und Jugendlichen an den Förderschulen bis zu einem
167 ersten Schulabschluss fördern. Die Schulabbrecherquote muss drastisch
168 reduziert werden.
169
- 170 • Grundschulen sind für uns das Fundament der schulischen Bildung. Vor dem
171 Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen wollen wir ein wohnortnahes
172 Schulangebot mit hoher Unterrichtsversorgung und -qualität und
173 Verlässlichkeit sichern.
174
- 175 • Für den Sekundarbereich wollen wir das Angebot auf zwei gleichwertige und
176 vergleichbar ausgestattete Schularten konzentrieren: Gemeinschaftsschulen
177 (G9) und Gymnasien (G8). Neue Abweichungen von dieser Regel werden wir
178 nicht zulassen.
179
- 180 • Wir werden in der Profileroberstufe mehr Wahlmöglichkeiten einführen.
181
- 182 • Bisherige Regionalschulen wollen wir schrittweise zu Gemeinschaftsschulen
183 weiterentwickeln und dafür schulorganisatorische Lösungen finden. Die Eltern
184 können die ihnen für ihre Kinder geeignet erscheinende Schule frei wählen.
185
- 186 • Wir werden schrittweise alle Schulen in Schleswig-Holstein mindestens zu
187 offenen Ganztagschulen machen
188

⁴ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

⁵ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

- 189
- 190
- 191
- 192
- 193
- 194
- 195
- 196
- 197
- Wir werden weiteren Schulträgern die Möglichkeit geben, ihre Schulen zu gebundenen Ganztagschulen umzuwandeln. Dies soll vor allem dort erfolgen, wo besonderer Förderbedarf gegeben ist.
 - Die Schulsozialarbeit soll so ausgestaltet werden, dass jede Schule durch Schulsozialarbeit unterstützt wird. Dies gilt auch für die beruflichen Schulen.
 - Wir starten eine Initiative, um Bildungsangebote und Schulsysteme im norddeutschen Raum kompatibler zu gestalten.

198 **Neue Lehrerausbildung**

199 Die Lehreraus- und -fortbildung muss neu gestaltet werden. Leitziel ist insbesondere
200 eine gleichwertige Ausbildung für alle Schularten, die nach Klassenstufen gegliedert
201 ist.

- 202
- 203
- 204
- 205
- 206
- 207
- 208
- 209
- 210
- 211
- Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte muss den veränderten schulischen Strukturen angepasst werden. Wir streben eine Ausbildung nach Stufen statt nach Schularten an (Sekundarstufe I und Primarstufe oder Sekundarstufe I+II).
 - Der praktische Anteil der Lehrerausbildung wird erhöht, Inklusion und Binnendifferenzierung nehmen einen großen Raum ein.
 - Wir werden die Arbeitszeit der Lehrkräfte so ausgestalten, dass Pflichtfortbildungen außerhalb der Unterrichtszeiten möglich werden.

212 **Stärkung der beruflichen Bildung**

213 Die duale Ausbildung ist die tragende Säule zur Fachkräftesicherung, sie gilt es im
214 Rahmen des Bündnisses für Ausbildung weiter zu stärken. Die duale
215 Berufsausbildung und die Angebote der beruflichen Schulen werden so aufeinander
216 abgestimmt, dass wir ein durchlässiges System der zweiten und dritten Chance
217 schaffen.

- 218
- 219
- 220
- 221
- 222
- 223
- 224
- 225
- 226
- 227
- 228
- 229
- 230
- 231
- 232
- 233
- 234
- 235
- Beim Übergang zwischen Schule und Beruf arbeiten Schule, Betriebe und Arbeitsverwaltungen eng zusammen. Die Angebote der Ausbildungsvorbereitung werden besser auf einander abgestimmt und so ausgerichtet, dass sie in eine berufliche Ausbildung münden.
 - Die Kooperationen zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen werden wir intensivieren. Aufgrund der deutlich gestiegenen Nachfrage werden wir das berufliche Gymnasium zu einer gleichberechtigten Alternative zu Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ausbauen.
 - Triale (dreigliedrige) Ausbildungsgänge in Kooperation von beruflichen Schulen, Hochschulen und Betrieben werden wir ausbauen und uns für eine enge Kooperation zwischen Fachschulen und Hochschulen einsetzen.
 - Wir wollen mehr Durchlässigkeit und Anerkennung von Fähigkeiten und Qualifikationen im europäischen und internationalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erreichen.

236 **Gute Hochschulen in Schleswig-Holstein**

237 Wir brauchen viele kluge Köpfe mit gesellschaftlicher Verantwortung, um Wirtschaft
238 und Gesellschaft weiter zu entwickeln und konkurrenzfähig zu sein. Wir wollen
239 deutlich mehr Studienplätze schaffen, insbesondere an den Fachhochschulen⁶ und
240 hierzu auch die Mittel der gemeinsamen Hochschulsonderprogramme von Bund und
241 Ländern für Schleswig-Holstein voll in Anspruch nehmen. Wir haben keine
242 Studienplätze zu verschenken. Wir fordern den Bund auf, zusammen mit den
243 Ländern rechtzeitig zu einer gemeinsamen Finanzierung zu kommen. Denn wir
244 wollen grundsätzlich mehr Kooperation in der Hochschul- und Forschungspolitik.
245 Dazu muss auch das Grundgesetz so geändert werden, dass der Bund die
246 Hochschulen dauerhaft unterstützen kann.

247

248 Deswegen halten wir unbedingt daran fest:

- 249 • Wer studieren kann und will, darf nicht aus wirtschaftlichen oder sozialen
250 Gründen davon abgehalten werden.
251
- 252 • Das Erststudium unter Einschluss eines Masterstudienganges bleibt
253 gebührenfrei!⁷
254
- 255 • Mit einem Fünftel aller Studierenden gibt es immer noch zu viele
256 Studienabbrüche. Wir werden die Hochschulen darin unterstützen, ihre
257 Beratungsangebote auszubauen. Mehr Betreuungsangebote und die
258 Möglichkeit zum Teilzeitstudium und besondere infrastrukturelle Maßnahmen
259 sollen Studium und Familie besser vereinbar machen. Das wird Teil der
260 Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen.
261
- 262 • Die Föderalismusreform darf nicht zu einem finanziellen Wettlauf zwischen
263 reicheren und ärmeren Bundesländern führen. Wir wollen mehr Kooperation
264 zwischen Bund und Ländern in der Hochschulpolitik und auch zwischen den
265 norddeutschen Ländern.
266
- 267 • Die Hochschulstrukturen müssen die zur Verfügung stehenden Mittel so
268 effektiv wie möglich einsetzen. Jeder heutige Hochschulstandort wird es auch
269 künftig bleiben. Profilbildung und Abstimmung von Studienangeboten der
270 einzelnen Hochschulen in Schleswig-Holstein sowie eine engere Kooperation
271 wollen wir fortsetzen, auch mit den außeruniversitären
272 Forschungseinrichtungen.
273
- 274 • In Meeresforschung, Medizintechnik und anderen Disziplinen sind unsere
275 Hochschulen und neun außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht nur
276 deutschlandweit Spitze. Wir wollen die Universitäten in Kiel und Lübeck im
277 Wettbewerb um die Exzellenzprogramme unterstützen. Darunter darf die
278 Lehre in den anderen Bereichen nicht leiden.
279
- 280 • Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ist der größte Arbeitgeber im
281 Land, der größte Träger der medizinischen Maximalversorgung in
282 Norddeutschland und das zweitgrößte Universitätsklinikum in ganz
283 Deutschland. Es ist ein zentraler Eckpfeiler der qualifizierten

⁶ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

⁷ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

284 Mediziner Ausbildung in Schleswig-Holstein. Wir halten am UKSH in
285 öffentlicher Trägerschaft fest.
286
287 • Der Hochschulstandort Flensburg braucht langfristige Planungssicherheit.
288 Auch zukünftig wird die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung ein zentrales
289 Standbein bleiben. Wir bekennen uns zum Erhalt einer eigenständigen
290 Universität Flensburg, die die Chancen, die sich in der deutsch- dänischen
291 Grenzregion bieten, nutzen kann.

292 **Forschung und Lehre für die Zukunft!**

293 Wir wollen Hochschulbildung mit Qualität und gute Lehre für alle.

- 294 • Die gute Qualität der Lehre wollen wir noch stärker in den Zielvereinbarungen
295 mit den Hochschulen verankern, mit einer hohen didaktischen Kompetenz der
296 Lehrenden und einer ständigen hochschuldidaktischen Fortbildung.
297
- 298 • An den Hochschulen muss die Gleichstellung der Geschlechter umgesetzt
299 werden; wir wollen mit konkreten Zielvereinbarungen erreichen, dass der
300 Anteil der Frauen unter den Hochschullehrenden deutlich steigt.
301
- 302 • Wir wollen den Nachwuchs in Forschung und Lehre stärken und fördern, auch
303 durch Graduiertenkollegs und Promotionsstudiengänge; wir werden deshalb
304 die Juniorprofessur ausweiten.
305
- 306 • Schleswig-Holstein hat erfolgreiche und hoch angesehene
307 Forschungsinstitute, die durch den Bund und das Land gemeinsam finanziert
308 werden. Wir wollen diese Kooperationen ausbauen. Deshalb unterstützen wir
309 den Bund-Länder „Pakt für Forschung“.

310 **Weiterbildung für die Zukunft**

311 Die technischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozesse erfordern
312 das Recht für alle Menschen zum lebenslangen Lernen. Nur so sichern wir den
313 Fachkräftebedarf der Zukunft. Nur so stärken wir die Chancen der Einzelnen zur
314 Teilhabe am Arbeitsmarkt und an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen.
315

- 316 • Die Programme zur beruflichen Weiterbildung müssen kontinuierlich den
317 Weiterbildungsbedürfnissen der Menschen und den wirtschaftlichen
318 Erfordernissen angepasst werden.⁸
319
- 320 • Das Recht jedes Menschen auf Weiterbildung muss abgesichert und
321 tagtäglich durch konkrete Maßnahmen und Angebote realisiert werden.
322 Deshalb werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen für Weiterbildung
323 ausbauen und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen
324 attraktiver gestalten.
325
- 326 • Wir wollen in Schleswig-Holstein ein starkes Netz des
327 Weiterbildungsverbundes mit den Volkshochschulen, den regionalen
328 Berufsbildungszentren und den Hochschulen.
329
- 330 • Die Angebote für Alphabetisierung werden wir verstärken.

⁸ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

- 331
332
333
334
335
336
337
- Wir wollen die Wirtschaft an der Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten beteiligen, um eine hohe Akzeptanz und eine bedarfsgerechte Gestaltung der Maßnahmen zu sichern.
 - Politische Bildung ist für die moderne Demokratie existentiell. Die Träger politischer Bildung wollen wir deshalb auch künftig durch das Land fördern.

338 **Kreatives Schleswig-Holstein**

339 Schleswig-Holstein hat eine starke und kreative Kultur- und Kunstszene. Im direkten
340 Dialog und unter Beteiligung der Kulturschaffenden fördern wir das kulturelle Leben
341 in unserem Land. Wir sichern Kultur und schaffen neue, vernetzte Strukturen, die
342 sowohl die inhaltliche Qualität als auch die ökonomischen Gesichtspunkte von Kunst
343 und Kultur umfassen.

344
345 Kunst und Kultur halten unsere Gesellschaft zusammen. Deshalb sprechen wir
346 bestimmte Zielgruppen, insbesondere Kinder und Jugendliche, stärker als bisher an.
347 Wir fördern den interkulturellen Dialog. Wir verbessern den Zugang zu
348 Kultureinrichtungen und erschließen neue Publikumsschichten. Wir regen die
349 stärkere Zusammenarbeit mit anderen Aufgabenfeldern, z.B. mit Wirtschaft und
350 Tourismus, an.

351
352 Die Kommunen sind wichtige Träger und Förderer der Kunst- und Kulturlandschaft.
353 Sie entwickeln maßgeblich ihre kulturelle Infrastruktur und die künstlerischen
354 Aktivitäten vor Ort.

355
356 Das Land schafft deshalb Strukturen, um neue Formen der kulturellen Kooperation
357 zwischen Land und Region aufzuzeigen.

- 358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
- Wir richten einen Kulturrat unter Beteiligung der Kulturverbände und der Kulturschaffenden ein. Wir werden das soziale Jahr für Kultur weiterentwickeln.
 - Wir setzen einen Schwerpunkt auf den Schutz der Weltkulturerbestätten.
 - Wir sichern und entwickeln die Museums- und Theaterlandschaft sowie die Gedenkstättenarbeit und Soziokultur.

368 Die Digitale Gesellschaft und ihre Kommunikations- und Interaktionsformen bilden
369 nicht nur neue Form- und Kultursprachen. Sie selbst stellt eine neue, eigene
370 Kulturtechnik dar. Sie hat somit einen berechtigten und unbestreitbaren Anspruch, mit
371 den anderen, anerkannten Kulturtechniken gleichberechtigt beachtet und behandelt
372 zu werden.

373 **1.2 Die Situation von Familien verbessern**

374 Die Schlüssel für starke Familien sind: gute Bildung für alle Kinder, bessere
375 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erneuerung des Solidarprinzips in unseren
376 Sozialsystemen und eine Verbesserung der Pflegesituation für alte und kranke
377 Menschen.

378 **Zukunft für Kinder und eine kinderfreundliche Gesellschaft**

379 Wir werden:

- 380 • uns für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft und
381 umfassende Mitbestimmung einsetzen.
- 382
- 383 • die verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen und frühen Hilfen (z.B.
384 Familienhebammen) landesweit ausbauen und den Kinderschutz stärken.
- 385
- 386 • Projekte, die Eltern und Kindern beim Start ins Leben und beim Aufwachsen
387 helfend zur Seite stehen, stärken und ausbauen (z.B.
388 Familienbildungsstätten).
- 389

390 Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen brauchen wir eine
391 abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Wir treten ein für eine
392 eigenständige Grundsicherung für Kinder und Jugendliche.

393 **Teilhabe von Jugendlichen**

394 Viele junge Menschen engagieren sich und setzen sich für sich und andere ein.
395 Soziales Engagement bedeutet gesellschaftliche Teilhabe, die Übernahme von
396 Verantwortung und hilft Jugendlichen dabei, ihre Interessen zu formulieren und sich
397 einzubringen. Wir werden daher das zivilgesellschaftliche Engagement junger
398 Menschen in Zusammenarbeit mit den Kommunen fördern und echte Teilhabe
399 ermöglichen. Dabei gilt:

- 400
- 401 • Jugendliche müssen an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Wir
402 werden daher die Jugendbeiräte stärken und das Wahlalter bei
403 Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken.
- 404
- 405 • Wir werden bessere Rahmenbedingungen schaffen, um z.B. politisches und
406 soziales Engagement von Jugendlichen zeitlich und räumlich zu ermöglichen.
407 Hierfür brauchen Jugendliche Freiräume.
- 408
- 409 • Kein Jugendlicher darf auf Grund eingeschränkter materieller Möglichkeiten
410 von Teilhabe und Engagement ausgeschlossen werden. Wir werden daher
411 benachteiligte Kinder und Jugendliche besonders fördern, um ihre Teilhabe zu
412 gewährleisten.
- 413
- 414 • Wir werden die Jugendverbände, aber auch selbstorganisiertes Engagement
415 von Jugendlichen fördern und stärken.
- 416
- 417 • Freiwilligendienste für junge Menschen, wie z.B. das Freiwillige Soziale Jahr
418 oder das Freiwillige Ökologische Jahr werden wir besonders fördern und eine
419 Verdrängung dieser Jugendfreiwilligendienste durch den neu geschaffenen
420 Bundesfreiwilligendienst verhindern.
- 421

422 **Familien stärken**

423 Wir werden:

- 424 • alle Lebensformen unterstützen, in denen Erwachsene mit Kindern leben.
425 Familie ist da, wo Menschen dauerhaft für einander einstehen und
426 Verantwortung übernehmen.
- 427
- 428 • Eltern durch frühe Hilfen und Elternbildungsangebote bei ihren
429 Erziehungsaufgaben unterstützen.

430

431 Das Bildungs- und Teilhabepaket sichert nur unzureichend die
432 Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Wir werden für eine möglichst
433 unbürokratische Leistungsgewährung eintreten und fordern für die Zukunft eine
434 kostenlose Infrastruktur in der Betreuung und Förderung von Kindern und
435 Jugendlichen.

436

437 Die Gründung einer Familie darf dabei nicht zum Armutsrisiko werden. Dieses
438 materielle Risiko kann besonders Alleinerziehende treffen. Alleinerziehende sind
439 zugleich besonderen Belastungen und Risiken ausgesetzt.

440

441 Wir setzen uns dafür ein, dass

- 442 • Alleinerziehende gute Bildungs- und Qualifizierungsangebote erhalten, die auf
443 ihre Lebenswirklichkeit zugeschnitten sind. Dazu gehören auch
444 Ausbildungsangebote in Teilzeitform sowie finanzielle Sicherheiten während
445 der Ausbildung.
- 446
- 447 • die Kindertagesbetreuung speziell für Kinder von Alleinerziehenden und als
448 deren Unterstützung ausgebaut und sichergestellt wird. Gleiches gilt auch für
449 Kinder in Schulen.

450

451 Wir setzen uns aktiv dafür ein, noch bestehende Diskriminierungen aufgrund der
452 sexuellen Orientierung und der Lebensweise abzubauen.

453 **Lebensqualität im Alter**

454 Die beruflichen Erfahrungen der Menschen im Rentenalter, soziale Sensibilität und
455 ehrenamtliche Einsatzfreude wollen wir nutzen z.B. durch Patenschaften,
456 Seniorenbeiräte und Freiwilligendienste.

457 Seniorinnen und Senioren sind alt genug ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Sie
458 darin zu unterstützen ist unsere Aufgabe.

459

460 Wir werden:

- 461 • die Mobilität im Alter sichern (z.B. Bürgerbusse, Sammeltaxen, ÖPNV)
462
- 463 • uns dafür einsetzen, dass die Bedürfnisse der Älteren im kulturellen,
464 wirtschaftlichen und Bildungsbereich berücksichtigt werden. Dafür rufen wir
465 eine Initiative ins Leben, die Wirtschaft, Kulturschaffende und
466 Seniorenverbände zusammenführt.
- 467
- 468 • neue Wohnformen, bauliche Voraussetzungen und Infrastrukturangebote
469 fördern, damit ältere Menschen die Chance erhalten, möglichst lebenslang in
470 der eigenen Wohnung bzw. im Wohnquartier leben können.

- 471
472
- in der Arbeitswelt mehr als bisher die Potentiale aller Altersgruppen nutzen.

473 **1.3. Gleichstellung**

474 Ein Schlüssel für das solidarische Zusammenleben aller Menschen in unserem Land
475 ist die Gleichstellung von Männern und Frauen und der Kampf gegen Diskriminierung
476 auf Grund von Geschlecht und sexueller Identität.

477
478 Um dieses Ziel zu erreichen werden wir:

- 479 • die institutionalisierte Gleichstellungsarbeit vorantreiben.
480 Gleichstellungsbeauftragte müssen in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt
481 werden⁹.
- 482
- 483 • unser Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ konsequent vorantreiben:
484 Frauen dürfen nicht durch Mini-Jobs und erzwungene Teilzeit diskriminiert und
485 in die Altersarmut gedrängt werden.
- 486
- 487 • Gender Budgeting, also geschlechtersensible Haushaltsführung in Land,
488 Kreisen und Kommunen verwirklichen. Dadurch werden öffentliche Gelder
489 zielgenauer, gerechter und letztendlich sparsamer eingesetzt.
- 490
- 491 • die Beratungsstellen für Frauen und Mädchen sowie die Frauenhäuser, die in
492 den letzten Jahren einseitig unter Kürzungen zu leiden hatten sichern und ihre
493 Arbeit konsequent weiterentwickeln.
- 494
- 495 • Die emanzipatorische Mädchenarbeit wieder stärker fördern, weil viele
496 Mädchen und junge Frauen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung von
497 geschützten Räumen profitieren können.
- 498

499 Auf Bundesebene wird sich eine SPD-geführte Landesregierung konsequent für die
500 Abschaffung aller arbeitsmarktpolitischen, sozialpolitischen und steuerlichen
501 Fehlanreize einsetzen, die einer Verwirklichung der Gleichstellung entgegenstehen.

502 **1.4 Teilhabe von Menschen mit Behinderung**

503 Die Forderung der Menschen mit Behinderung: „Nicht über uns ohne uns“, ist unser
504 Maßstab.

505
506 Wir wollen, dass alle Menschen mit Behinderung so lernen, arbeiten, wohnen und
507 leben können, wie sie es selbst möchten. Wir wollen Teilhabe von Anfang an. Das
508 bedeutet gemeinsames Leben und Lernen von der Krippe und dem Kindergarten
509 über die Schule bis zur beruflichen Ausbildung und zum Studium.

- 510
- 511 • Das Gesetz zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe mit dem Ziel der
512 Inklusion muss von allen umgesetzt werden. Die Sozialhilfeträger, die freien
513 Träger und die Kreise sollen hier verbindlich und eng zusammenwirken. Wir
514 werden Hilfen aus einer Hand sicherstellen.
- 515

⁹ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

- 516 • Menschen mit Behinderung sollen ihr Wahlrecht durchsetzen können. Dazu
517 gehört auch die Auszahlung der Leistungen als Persönliches Budget. Die
518 Bedarfsfeststellung muss landesweit nach einheitlichen Kriterien gemeinsam
519 und nachprüfbar erfolgen. Deshalb sorgen wir dafür, dass
520 Landesrahmenverträge abgeschlossen werden.
521
- 522 • Die Beschäftigungssituation für Menschen mit Behinderung werden wir weiter
523 verbessern. Integrationsbetriebe fördern und Unternehmen unterstützen, die
524 Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.
525
- 526 • Verbindliche Vorgaben für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, bei der
527 Kommunikation, im Verkehr und Wohnen sowie im Internet und im
528 Gesundheitswesen sind einzuführen.

529 **1.5 Gesundheitsland Schleswig-Holstein**

530 Eine hochwertige medizinische Versorgung aller Menschen in Schleswig-Holstein
531 muss unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Vermögen und Wohnort gelten. Dazu
532 gehört eine tragfähige solidarische Finanzierung. Wir fordern eine solidarische
533 Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihres
534 Einkommens einzahlen.
535

536 Die stationäre Versorgung in Schleswig-Holstein ist gefährdet. Schleswig-
537 Holsteinische Krankenhäuser erhalten für die gleiche Leistung weniger Geld als
538 andere - damit muss Schluss sein. Wir brauchen einen einheitlichen
539 Landesbasisfallwert.
540

- 541 • Wir festigen die regionale und wohnortnahe medizinische Versorgung der
542 Menschen in allen Regionen Schleswig-Holsteins. Wir stellen sicher, dass die
543 hausärztliche Versorgung der Menschen eine wesentliche Lotsenfunktion für
544 die Verzahnung medizinischer, pflegerischer und sozialer Maßnahmen
545 darstellt.
546
- 547 • Die Verknüpfung von ambulanter und stationärer Krankenversorgung werden
548 wir weiter vorantreiben mit einer flächendeckenden medizinischen Versorgung
549 einerseits und spezialisierten Gesundheitszentren andererseits.
550
- 551 • 25% der Hausärzte ist älter als 60 Jahre. Wir sorgen auch in Zukunft für eine
552 qualifizierte, flächendeckende, ambulante und haus- und fachärztliche
553 Versorgung. Eine gute medizinische Ausbildung in Kiel und Lübeck ist die
554 Voraussetzung dem Ärztemangel entgegenzuwirken.
555
- 556 • Wir verbessern die Gesundheitserziehung nach wissenschaftlichen
557 Erkenntnissen und streben gesunde Kindergärten, gesunde Schulen und
558 gesunde Arbeitsplätze an.
559
- 560 • Wir setzen uns für den Erhalt des Berufes der Hebammen/Geburtshelfer ein,
561 weil sie ein unverzichtbarer Teil von Unterstützung und Förderung junger
562 Familien sind.
563

- 564 • Wir setzen uns für die Fortschreibung des Landes-Psychiatrieplanes ein, der
565 alle stationären, teilstationären und ambulanten Versorgungen von psychisch
566 kranken Menschen umfasst.
567
- 568 • Wir werden ein ausreichendes Angebot für betroffene Menschen und ihre
569 Familien aufbauen, die auf Palliativmedizin und Hospizversorgung
570 angewiesen sind.

571 **Gute Pflege**

- 572 • Wir wollen Rahmenbedingungen in der Pflege so verbessern, dass wieder
573 mehr junge Menschen diesen Beruf gerne ausüben wollen und das auch
574 langfristig können. Die Altenpflegeausbildung muss kostenfrei werden. Wir
575 werden die Ausbildung für Gesundheits- und Krankenpflege modernisieren.
576 Wir setzen uns ergänzend für Pflegestudiengänge ein.
577
- 578 • Wir werden einen Bürokratieabbau und Reduzierung von doppelten
579 Kontrollstrukturen in der Pflege, die sehr viel Zeit der Pflegenden bindet,
580 organisieren. Die Dokumentation sämtlicher Pflegeleistungen ist unerlässlich.
581 Muss aber deutlich einfacher und weniger aufwendig gestaltet werden um
582 mehr Zeit für Pflegeleistungen zu gewinnen.
583
- 584 • Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss dringend geändert werden – weg von der
585 Minutenpflege hin zur individuellen und patientenorientierten Pflege. Das
586 kommt nicht nur den zu Pflegenden zu Gute, sondern schafft auch mehr
587 Arbeitszufriedenheit beim Pflegepersonal.
588
- 589 • Eine Pflegekammer und eine Berufsordnung, wie sie bei allen anderen
590 Heilberufen schon lange üblich ist, verbessert Image und die gesellschaftliche
591 Anerkennung der Pflegeberufe. Wir werden Beides einführen.
592
- 593 • Wir brauchen landesweit flächendeckend trägerunabhängige
594 Pflegestützpunkte, damit Pflegebedürftige und deren Angehörige individuell
595 passende Pflegemaßnahmen erhalten.
596
- 597 • Wir werden die Demenzbetreuung ausbauen und pflegende Angehörige
598 unterstützen.

599 **2. ERNEUERBARE ENERGIEN UND KLIMASCHUTZ**

600 **2.1 Erneuerbare Energienutzung – Atomausstieg – kein CCS**

601 Wir werden Schleswig-Holstein zu einem Vorzeigeland für die Energieversorgung
602 des 21. Jahrhunderts machen! Die SPD begrüßt den Ausstieg aus der Atomkraft, für
603 den wir seit Anfang der 80er Jahre kämpfen, und fordert den schnellstmöglichen
604 Rückbau der AKWe. Auch die Stromerzeugung aus Kohle muss bis zur Mitte des
605 Jahrhunderts durch neue Energien wie Wind, Sonne und Geothermie ersetzt werden.
606 Dabei werden wir Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz
607 gewährleisten.
608

609 Eine solche konsequente Energiewende ist der Wachstumsmotor für Schleswig-
610 Holstein und schafft viele tausend neue und qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort im
611 Mittelstand und beim Handwerk.

612
613 Wir brauchen ein Bündel von Maßnahmen, welche die von den sozialdemokratisch
614 geführten Regierungen im Land begonnene Innovationspolitik fortführt.

615
616 **Wir fordern** deshalb ein Landes-Aktionsprogramm zur Zukunft der
617 Energieversorgung und Klimaschutz, in dem sofort verpflichtende Ziele und
618 Maßnahmen festgelegt werden, insbesondere in folgenden Bereichen:

- 619
- 620 • Eine dezentrale und demokratisch gewollte Energieversorgung in allen
621 Gemeinden: Durch den Erhalt und Aufbau eigener Stadt- und Gemeindewerke
622 können wir die kommunale Versorgung ausbauen und stärken damit
623 Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien.
624
 - 625 • Die Förderung nachwachsender Rohstoffe kann einen wichtigen Beitrag zum
626 Klimaschutz leisten. Fehlentwicklungen wie der ungesteuerte Bau von
627 Biogasanlagen müssen verhindert werden, da insbesondere die Ausweitung
628 von Maisanbauflächen die Landschaft verändern und das Grünland
629 verdrängen. Biogasanlagen sind nur sinnvoll, wenn sie über Kraft-Wärme-
630 Kopplung die Höfe und Dörfer versorgen und zur Verwertung von Reststoffen
631 errichtet werden.
632
 - 633 • Die Ausweisung von ausreichenden Eignungsflächen für Windenergienutzung
634 und die Unterstützung der Kommunen bei der konkreten Ausweisung in den
635 Regionalplänen.
636
 - 637 • Der erfolgreiche Klimapakt mit der Wohnungswirtschaft und den privaten
638 Hauseigentümern mit den Zielen „Mehr Qualität und weniger CO₂-Emissionen“
639 muss fortgeführt werden.
640
 - 641 • Projekte, bei denen Stadtwerke und andere Versorgungsunternehmen sowie
642 bei Sparkassen und Banken Bürgerinnen und Bürger die Beteiligung an Solar-
643 und Windkraftanlagen ermöglichen.
644
 - 645 • Die Schaffung einer Landesnetzagentur.
646
 - 647 • Eine Rekommunalisierung von Stromnetzen, um das Kartell der großen
648 Konzerne zu brechen und den Wettbewerb zu stärken. Parallel muss der
649 Ausbau der Stromnetze beschleunigt werden, damit die Stromerzeugung aus
650 Erneuerbaren Energien vollständig ins Netz eingespeist werden kann. Neue
651 Stromleitungen sollen dabei vorrangig als Erdkabel realisiert werden.
652
 - 653 • Spätestens 2020 sollten wir in Schleswig-Holstein einen Anteil der Kraft-
654 Wärme-Kopplung von 30% des verbrauchten Stroms erreicht haben.
655

656 Wir lehnen die CCS Technik und damit auch die Einlagerung von Co2 ab¹⁰.

¹⁰ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

657 **2.2 Wasser, Luft und Boden schützen**

658 Die hohe Qualität von Boden, Wasser und Luft in Schleswig-Holstein ist nicht nur ein
659 Standortvorteil sondern auch unverzichtbare Lebensgrundlage, die eines besonderen
660 Schutzes bedarf.

661
662 Dazu setzen wir uns ein für

- 663 • eine Orientierung der EU-Wasserrahmenrichtlinie an Qualitätszielen,
664
- 665 • den Erhalt der Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge in
666 öffentlicher, kommunaler Trägerschaft,
667
- 668 • die Vermeidung von Abfällen, die Verwendung der verbleibenden Abfälle in
669 Rohstoffkreisläufen und die Entsorgung der verbleibenden Mengen als
670 öffentliche und vollständige Aufgabe,
671
- 672 • Konzepte für geringeren Flächenverbrauch, verstärktes Flächenrecycling und
673 weniger Bodenversiegelungen.
674

675 **2.3 Natur schützen, Artenvielfalt erhalten**

676 Wir werden

- 677 • • die einzigartigen Lebens- und Naturräume von Nord- und Ostsee erhalten
678 und den
679
- 680 • Nationalpark Wattenmeer schützen und weiterentwickeln.
681
- 682 • • den Hochwasserschutz auch angesichts des Klimawandels in einem
683 integrativen Ansatz zwischen Natur- und Umweltschutz, Tourismus und
684 Wirtschaft verbessern, u. A. durch ausreichende Deicherhöhung und die
685 Anlage natürlicher Überschwemmungsgebiete. In jedem Fall hat der Schutz
686 der Menschen Vorrang vor anderen Interessen.
687
- 688 • die biologische Vielfalt Schleswig-Holsteins erhalten und eine Strategie für
689 einen nachhaltigen Schutz entwickeln, dazu gehören:
 - 690 - die Vermeidung von Grünlandumbruch auch durch ordnungsrechtliche
691 Maßnahmen und durch intensiveren Moorschutz,
 - 692 - die verstärkte ökologische Ausrichtung der Agrarpolitik auf einen zu
693 erreichenden gesellschaftlichen Mehrwert und den Ausbau der
694 Agrarumweltprogramme,
 - 695 - der Ausbau des Biotopverbundsystems vernetzt mit den
696 Lebensraumkorridoren.
697
- 698 • den Waldanteil an der Landesfläche schrittweise erhöhen und den
699 Landeswald in öffentlicher Trägerschaft behalten¹¹.
700
- 701 • die Umweltbildung und das Umweltbewusstsein in allen Einrichtungen des
702 Landes für alle Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche
703 weiterentwickeln.

¹¹ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

- 704 • die zentralen Naturschutzgesetze auf der Basis der in unserer
705 Regierungsverantwortung geschaffenen Grundsätze weiterentwickeln.

706 **2.4 Moderne ländliche Räume**

707 Die Lebensbedingungen im ländlichen Raum müssen attraktiv bleiben.

708

- 709 • Wir wollen Abwanderung durch eine Stärkung des gemeindlichen Lebens
710 verhindern und die Eigenständigkeit der ländlichen Räume stärken. Dazu
711 gehören Markttreffs für eine ortsnahe Versorgung, ein lebendiges
712 Vereinsleben, lokale Dienstleistungen und ärztliche Versorgung, der Erhalt
713 bäuerlicher Betriebe, lokales Handwerk, Ausbau der DSL-Versorgung und der
714 Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr. Dies alles soll weiterhin
715 über das erfolgreiche Modell der Aktiv-Regionen unterstützt werden.

716

- 717 • • Wir wollen den hohen Standard unserer Landwirtschaft und der
718 Ernährungswirtschaft mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise verbinden und
719 hierfür Finanzmittel umschichten, um damit Regionalität, Umweltverträglichkeit
720 und Qualität zu fördern. Daher verdient der ökologische Landbau der
721 dauerhaften besonderen Förderung Schleswig-Holstein muss sich als
722 gentechnikfreie Region erklären und dies gezielt als Qualitätskriterium
723 herausstellen. Dazu gehört auch eine artgerechte und den spezifischen
724 Tierschutz berücksichtigende Tierhaltung.

725 **3. STARKE WIRTSCHAFT – GUTE ARBEIT**

726 Schleswig Holstein hat leistungsfähige und innovative mittelständische
727 Unternehmen, herausragende industrielle Kerne, solides und starkes Handwerk und
728 eine exzellente Dienstleistungsbranche mit hochmotivierten und bestens
729 qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diese stabile Wirtschaft gilt es
730 zu erhalten und weiter zu stärken. Sie ist die Grundvoraussetzung für den Wohlstand
731 Schleswig-Holsteins.

732

733 Wir entwickeln deshalb mit allen Beteiligten eine gemeinsame ökonomische
734 Zukunftsstrategie für die Zeit bis 2025, die die Stärken der schleswig-holsteinischen
735 Wirtschaft verbessert und Schleswig-Holstein als starken Partner in der
736 Metropolregion Hamburg und im Wachstumsraum Ostsee verankert.

737

738 Wir stärken alle Teile der Wirtschaft. Wertschöpfende Industrien, den Mittelstand und
739 die Dienstleistungsbranche. Besonders im Fokus sind die Potentiale und Chancen
740 auf den wichtigen Zukunftsfeldern der maritimen Wirtschaft, Energietechnik,
741 Maschinenbau, Ernährungswirtschaft, Tourismus, Logistik, Medizintechnik,
742 Gesundheitswirtschaft und Informationstechnologie.

743 **3.1. Gute Arbeit**

744 Arbeit prägt unser Leben und ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Die gute
745 Zusammenarbeit der Sozialpartner aus Gewerkschaften und
746 Unternehmensverbänden ist die tragende Säulen guter Arbeit in Schleswig-Holstein.
747 Wir achten und fördern die Tarifautonomie und arbeiten fair mit den Gewerkschaften,
748 den Betriebs- und Personalräten und den Unternehmensverbänden zum Wohle des
749 Landes zusammen. Wir nutzen das Innovationspotential der Sozialpartner und der
750 Kammern.

751 Unser Anspruch ist, Schleswig Holstein zu einem Land mit den besten
752 Arbeitsbedingungen in Deutschland zu entwickeln. Hierzu gehören faire,
753 leistungsgerechte und tariflich abgesicherte Entgelte und Mindestlöhne, die einen
754 eigenständigen Lebensunterhalt ermöglichen¹². Die Landesregierung wird hierfür
755 konsequent werben und ein Tariftreuegesetz mit einem vergabespezifischen
756 Mindestlohn auf den Weg bringen. Eine familien- und frauenfreundliche
757 Arbeitsorganisation, sichere und innovative Beschäftigungsverhältnisse und der
758 Anspruch, dass Arbeit in Schleswig-Holstein nicht krank machen darf gehört zur
759 Leitmaxime der Landesregierung. Die Sichtweise der Arbeitnehmerinnen und
760 Arbeitnehmer ist für die Landesregierung hierbei ein wichtiger Indikator. Diese wird
761 jährlich in einem Landesbericht auf der Basis des Index Gute Arbeit dargestellt.

762 **3.2. Aktive Arbeitsmarktpolitik**

763 Die Landesregierung wird zusammen mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den
764 Hochschulen und Bildungseinrichtungen eine strategisch angelegte
765 Fachkräfteinitiative auf den Weg bringen. Wir werden so der demographischen
766 Entwicklung entgegenwirken und den Fachkräftebedarf der Wirtschaft sichern helfen.
767 Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, um die Frauenerwerbsquote zu erhöhen.

768
769 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die hohen Qualifikationen von Migrantinnen
770 und Migranten als gleichwertig anerkannt werden.

771
772 Wir werden Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen nehmen um zu
773 erreichen, dass die Beschäftigungsquote von Menschen über 50 Jahren erheblich
774 gesteigert wird.

775
776 Die Förderung von Existenzgründungen ist Teil unserer aktiven regionalen
777 Arbeitsmarktförderung.

778 Ein sozialer Arbeitsmarkt in Form eines öffentlichen Beschäftigungssektors ist derzeit
779 unverzichtbar in Schleswig-Holstein. Er wird von der Landesregierung so gestaltet
780 und beeinflusst, dass er eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bildet.

781 **3.3 Wirtschaft stärken, Wachstumskerne eröffnen neue Chancen**

782 Die Landesregierung hat zum Ziel, dass Schleswig-Holsteins einen stärkeren Anteil
783 am Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet und mit mehr Wertschöpfung im Land
784 mindestens bundesweites Durchschnittsniveau erreicht. Die Wirtschaftsförderung
785 wird auf die Erreichung dieses Zieles neu ausgerichtet werden müssen. Die Verwaltung
786 wird als Partner der Wirtschaft weiterentwickelt werden.

787
788 Wir unterstützen die industriellen Kerne in den Bereichen der maritimen Wirtschaft,
789 der chemischen Industrie, der Lebensmittelindustrie und der erneuerbaren Energien
790 einschließlich entsprechender industrienaher Dienstleistungen bei ihrer weiteren
791 Entwicklung.

792
793 Das Handwerk ist mit 25.000 Betrieben, 120.000 Beschäftigten und 17.000
794 Auszubildenden in Schleswig-Holstein ein unverzichtbarer Teil der mittelständischen
795 Wirtschaftsstruktur. Diese wird von uns deshalb im Zusammenwirken mit den
796 Kammern in ihrer Zukunftsausrichtung unterstützt. Besondere Unterstützung
797 erfahren hier auch die Klein- und Kleinstbetriebe.

¹² Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

798 Die Zukunftscluster innovativer Betriebe und wissenschaftlicher Einrichtungen bilden
799 die Kerne des künftigen Wachstums. Nach dem Motto „Stärken stärken“ unterstützen
800 wir deshalb in einem „Clusterprogramm Schleswig-Holstein“ vor allem
801 Gesundheitswirtschaft, maritime Wirtschaft, erneuerbare Energien, digitale Wirtschaft
802 und Life Science als Zukunftsbranchen von hervorragender Bedeutung. Die
803 Norddeutsche und grenzüberschreitende Kooperation wird hierfür gesucht und
804 genutzt.

805
806 Die Chancen, die die Energiewende bietet, werden konsequent für Umwelt und
807 Arbeit genutzt. Die Landesregierung wird diese Chancen und Herausforderungen für
808 unser Land im Rahmen eines Energiegipfels thematisieren und anschließend in
809 einem breiten Dialog mit Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und
810 Hochschulen ein Energiekonzept entwickeln und umsetzen.

811 **3.4. Tourismus**

812 Eine der großen Stärken Schleswig-Holsteins liegt darin, dass das ganze Land ein
813 Urlaubsland ist. Dieses gilt es qualitativ stetig zu verbessern, um Tagestourismus
814 und Übernachtungszahlen zu steigern.

815
816 Wir werden die begonnene Modernisierung der Infrastruktur, die Qualifizierungen im
817 Service, die Klassifizierung der Beherbergungsbetriebe, die Verbesserung der
818 Barrierefreiheit und die Online-Buchbarkeit weiter vorantreiben und intensivieren.

819
820 Wir konzentrieren unsere Förderung auf die öffentliche Infrastruktur in den Teilen des
821 Landes, in denen der Tourismus entsprechend der Nachfrage für die Zukunft
822 expandiert.

823
824 Wir setzen uns für eine klare Zielgruppenstrategie¹³ ein. Dazu muss Schleswig-
825 Holstein seine ganzjährige Saison herausstellen und ganzjährig für sich werben. Für
826 eine landesweit abgestimmte Marketingstrategie spielt die TASH eine tragende
827 Rolle.

828
829 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in
830 Hotellerie und Gastronomie durch Mindestlohnvereinbarungen und höhere
831 Standards in der Aus- und Weiterbildung verbessert werden.

832 **3.5 Mobilität ermöglichen - Verkehrsinfrastruktur sichern und** 833 **ausbauen¹⁴**

834 Die Verkehrsinfrastruktur des Landes sind die Lebensadern Schleswig-Holsteins.
835 Deren Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau ist Ziel unserer Politik. Die Infrastruktur
836 ist für Giga-Liner nicht geeignet.

837
838 Mit der Fertigstellung der A20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt, dem Ausbau und
839 der Entwicklung von A1, A7, A21, A23 schaffen wir die überregionalen
840 Verbindungen mit den wirtschafts- und wachstumsstarken Regionen Europas. Die
841 A20 hat dabei für uns bei den Infrastrukturmaßnahmen die höchste Priorität, auch
842 gegenüber anderen verkehrlichen Großinvestitionen, die auf die
843 Finanzierungskorridore für das Land Schleswig-Holstein zugreifen.

¹³ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

¹⁴ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

844
845 Ortsumgehungen zur Steigerung der Lebensqualität werden wir fördern, soweit das
846 finanziell möglich ist.

847
848 Die Chancen aus der Fertigstellung der festen Fehmarnbeltquerung werden wir zum
849 Nutzen von ganz Schleswig-Holstein herausarbeiten und umsetzen. Bei der
850 Entwicklung der Hinterlandkonzepte werden wir die Sorgen und Anliegen der
851 Menschen und Kommunen in den Mittelpunkt rücken. Wir werden sie bei allen
852 Planungen beteiligen, ihre Ideen und Anregungen sammeln und einbringen und
853 damit zeigen, dass ein Staat fähig ist, auch gesellschaftlich strittige
854 Infrastrukturentwicklungen klug zu begleiten und zum Wohle des Gemeinwesen zu
855 gestalten. Dies werden wir bei allen Verhandlungen und gegenüber allen Partnern
856 deutlich machen. Die Bundesregierung ist uns gegenüber in der Pflicht.

857 **ÖPNV und Schienenverkehr als Grundpfeiler individueller Mobilität**

858 Leistungsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und
859 Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sind besonders in Schleswig-Holstein ein
860 wichtiger Standortfaktor. Wir werden einen bedarfsgerechten Ausbau des
861 Schienenverkehrs durch moderne und effiziente Verkehrsmittel, wie z.B. der Einsatz
862 von Doppelstock-Zügen vorantreiben. Den stetig wachsenden Pendlerströmen aus
863 dem Süden des Landes nach Hamburg werden wir durch den Ausbau
864 bedarfsgerechter Schienen-Direktverbindungen und ausreichend Park and Ride
865 Plätzen gerecht werden. Wir wollen eine Stärkung der Bedienung der ländlichen
866 Räume mit einer guten Verzahnung zu den Oberzentren. Dies soll durch den
867 verstärkten Einsatz von Angeboten wie Bürgerbussen und Sammeltaxifahrten
868 erreicht werden.

869 **Hafenanbindung**

870 Eine effiziente Hafenanbindung und ein reibungsloser Warenstrom sind
871 Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft. Wir werden Konzepte „From
872 Road to Sea“ und kombinierte Verkehre (Schiff-Straße-Schiene) insbesondere bei
873 Transitwarenströmen ausbauen. Hierfür muss auch der Elbe-Lübeck Kanal
874 ausgebaut werden.

875
876 Der NOK (Kiel-Canal) ist als meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt
877 unverzichtbar als Handelsader für die Warenströme der ganzen deutschen Wirtschaft
878 aus den großen Häfen Hamburg, Skandinavien, Russland und dem Baltikum.
879 Deshalb ist der Bau neuer und die Reparatur alter Schleusen, eine Begradigung der
880 Oststrecke und eine Vertiefung des Nordostseekanals unbedingt erforderlich.

881 **Elektromobilität**

882 Elektroautomobile und Elektrofahrräder werden sich zu den individuellen
883 Fortbewegungsmitteln im innerstädtischen Bereich entwickeln. Wir werden diese
884 Antriebskonzepte und die hierfür notwendige Infrastruktur Schleswig-Holstein
885 vorantreiben und Schleswig-Holstein zum Lieblingsland in diesem Bereich
886 entwickeln.

887 **4. STARKE POLITIK IN EUROPA**

888 **Minderheitenpolitik**

889 Minderheitenpolitik ist eine Aufgabe von zentraler Bedeutung für Europa. Wir
890 bekennen uns zu den nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein. Dänen,
891 Friesen, Sinti und Roma sind selbstverständlicher und bereichernder Bestandteil
892 unserer Gesellschaft.

893
894 Sie in ihrem kulturellen Leben zu unterstützen, muss parteiübergreifender Konsens
895 sein. Minderheiten brauchen verlässliche Grundlagen und eine aktive
896 Minderheitenpolitik in Kommunen, Land, Bund und Europa.

897
898 Schleswig Holstein war bis 2009 prägendes und positives Vorzeigemodell in seiner
899 Minderheitenpolitik. Die Schulkostenbeiträge für die Schulen der dänischen
900 Minderheit werden wieder auf 100% gesetzt.

901
902 Sinti und Roma werden wir gleichberechtigt mit den anderen Minderheiten unter den
903 Schutz der Landesverfassung stellen.

904
905 Wir werden eine/n eigenständige/n ehrenamtliche/n Minderheitenbeauftragte/n
906 berufen.

907 **Schleswig-Holstein stark in Europa**

908 Wir werden die Position Schleswig-Holsteins in Europa ausbauen, indem wir neue
909 strategische Partnerschaften gründen. Wir wollen mehr gemeinsame Projekte,
910 Initiativen und auch Strukturen verwirklichen; die Kooperation mit den norddeutschen
911 Nachbarn in den europäischen Institutionen wollen wir vertiefen.

912
913 Wir nutzen die europäischen Förderprogramme zur Stärkung unserer Regionen,
914 dabei sind weiterhin zwei Interreg-Fördergebiete notwendig.

915
916 Wir entwickeln deshalb unsere europäische Nord- und Ostseepolitik weiter, indem
917 wir unsere maritime Politik in Wirtschaft und Wissenschaft ausbauen, indem wir
918 Schiffssicherheit und Seeverkehre stärken; indem wir uns weiter auf maritimen
919 Umwelt- und Naturschutz spezialisieren. Wir bauen mit den Nachbarn an der Ostsee
920 eine soziale, ökologische und ökonomische Modellregion, die eine neue Dynamik für
921 die gesamte europäische Entwicklung geben wird. Für die Nordseeregion entwickeln
922 wir eine eigenständige Perspektive.

923
924 Wir entwerfen neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit
925 unseren direkten Nachbarn an Nord- und Ostsee.

926
927 Unsere Schwerpunkte sind dabei:

- 928 • die Entwicklung einer integrierten maritimen Politik,
- 929 • Hochschul- und Forschungsk Kooperation,
- 930 • die Gesundheits- und Medizinpolitik,
- 931 • der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt,
- 932 • der umfassende Verbraucherschutz

933

934 Zusammen mit den Kommunen, den Schulen und den Verwaltungen wollen wir die
935 Europakompetenz erhöhen.

936 **5. BÜRGERBETEILIGUNG UND EHRENAMT STÄRKEN**

937 Schleswig-Holstein hat eine große Vielfalt an Vereinen, Verbänden, Bürger- und
938 Kulturinitiativen, die weitgehend ehrenamtlich arbeiten.

939
940 Wir wollen mit den Menschen regieren: entwickeln – planen – umsetzen. Wir wollen
941 den Menschen gute Möglichkeiten bieten, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken,
942 ihre Ideen und ihr Engagement nutzen für eine kluge und erfolgreiche Politik in
943 Schleswig-Holstein. Diese Bürgerbeteiligung wird Kennzeichen einer SPD –
944 geführten Regierung sein.

945
946 Die Digitale Gesellschaft schafft eine weitere, neue digitale Öffentlichkeit. Diese
947 Öffentlichkeit offenbart und verdeutlicht die Chancen und Risiken unserer
948 Gesellschaft. Sie zeigt aber gleichzeitig auch bestehende Konflikte auf. Politik für die
949 Digitale Gesellschaft ist für uns demokratische Gesellschafts- und keine
950 Klientelpolitik. Wir werden die Chancen der digitalen Öffentlichkeit für
951 Bürgerbeteiligung nutzen.

952 **Bürgerschaftliches Engagement**

953 Wir unterstützen das Engagement in den vielen freiwilligen Feuerwehren. Die im
954 bundesweiten Vergleich herausragende Zahl an Jugendfeuerwehren zeigt den
955 großen Einsatz in diesem ganz persönlichen und aufwendigen Dienst am
956 Mitmenschen.

- 957
- 958 • Der Sport spielt eine wichtige Rolle in der Freizeit sehr vieler Menschen. Er
959 bedeutet einen Gewinn für die Lebensqualität. Zudem hilft der Sport,
960 erhebliche gesundheitliche, schulische, soziale und Integrationsprobleme zu
961 lösen. Deshalb muss die Finanzierung des Sports dauerhaft gesichert bleiben.
962
 - 963 • Die demografische Entwicklung beschert uns eine große Zahl aktiver älterer
964 Mitbürgerinnen und Mitbürger die bereit sind, ihre Kraft, ihre Lebenserfahrung
965 und ihre Zeit für die Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.
966
 - 967 • Das Ehrenamt muss erleichtert werden und darf nicht durch steuer- und
968 haftungsrechtliche Hürden erschwert bzw. unmöglich gemacht werden. Die
969 rechtlichen Aspekte ehrenamtlicher Arbeit müssen deshalb transparenter
970 gestaltet und zu Gunsten der ehrenamtlich Tätigen weiter vereinfacht
971 werden¹⁵.

972
973 Gemeinsam mit Wirtschaft, Schulen und Verwaltung werden wir eine Kultur der
974 Anerkennung für das Ehrenamt fördern.
975

¹⁵ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

976 **6. INNERE SICHERHEIT – VERWALTUNGSREFORM**

977 **5.1 Innere Sicherheit, modernes Recht und Justiz**

978 Aufgabe des Staates ist die Gewährleistung eines Lebens ohne Furcht vor
979 Kriminalität, der Schutz der Menschen vor Gefahren und die Garantie von
980 Gesetzlichkeit und Rechtsprechung. Wir wollen, dass die Menschen in Schleswig-
981 Holstein auch in Zukunft sicher leben können.

- 982
- 983 • Deshalb wird es mit uns keinen Rückzug der Polizei aus der Fläche geben.
- 984
- 985 • Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit sind hoch motivierte Polizeibeamte
- 986 erforderlich. Aus diesem Grund setzt sich die SPD auch weiterhin dafür ein,
- 987 die Polizistinnen und Polizisten angemessen zu bezahlen und die Attraktivität
- 988 des Polizeiberufes zu erhalten.
- 989
- 990 • Wir schaffen bei den Strafverfolgungsbehörden die personellen und
- 991 technischen Voraussetzungen zur Bekämpfung von Internetkriminalität.
- 992
- 993 • Wir setzen uns für eine nutzerfreundliche Überarbeitung des
- 994 Datenschutzgesetzes ein, welches die gesellschaftlichen und technischen
- 995 Änderungen in unserer digitalen Gesellschaft berücksichtigt. Datenschutz ist
- 996 Bürgerrecht. Jeder hat das Recht seine Daten so zu nutzen wie er möchte und
- 997 zu wissen, was mit ihnen passiert.
- 998

999 Mit einer großen Justizverwaltungsreform wollen wir die Rechtsprechung
1000 organisatorisch auf eine zukunftsfähige neue Grundlage stellen:

- 1001
- 1002 • Der Zugang zum Recht muss unabhängig von der finanziellen Situation der
- 1003 Menschen gewährleistet sein.

1004 **Kampf gegen Rechts**

1005 Wir wollen ein weltoffenes Schleswig-Holstein. Rechtsradikalismus ist keine
1006 Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir lehnen jede Form der Verharmlosung von
1007 rechtem Gedankengut ab und werden es in all seinen Ausprägungen bekämpfen,
1008 egal ob Alltagsrassismus, rechte Gewalt oder rechte Organisationen und Parteien.

- 1009
- 1010 • Wir werden lokale Projekte im Kampf gegen Rechts stärken. Projekten wie
- 1011 dem „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ gilt unsere
- 1012 Unterstützung ebenso wie Projekten, die sich um Opfer rechter Gewalt
- 1013 kümmern.
- 1014
- 1015 • Wir werden ein Landesprogramm gegen Rechts etablieren, das zur besseren
- 1016 Vernetzung bereits bestehender Projekte dient, aber auch Raum und Mittel für
- 1017 neue Initiativen gegen Rechts bietet. Ziel dieses Programms ist unter
- 1018 anderem, im Zusammenwirken mit Vereinen, Verbänden und Privatpersonen
- 1019 regionale Netzwerke zu etablieren, die sich für Demokratie und Toleranz und
- 1020 gegen rechte Gewalt und rechtes Gedankengut einsetzen.
- 1021
- 1022 • Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten. Deshalb setzen
- 1023 wir auf eine verbesserte Demokratieerziehung in den Kindertagesstätten und

- 1024 Schulen, die demokratische Werte frühzeitig erfahrbar und erlernbar macht.
1025 Wir werden die Schulen gezielt dabei unterstützen, lebendige Orte der
1026 Mitbestimmung und des Erlernens demokratischer Spielregeln zu sein.
1027
1028 • Wir werden eine neue Initiative zum Verbot der NPD als
1029 verfassungsfeindlicher Organisation vorantreiben und unterstützen.

1030 **5.2 Zukunftsfähige Kommunen und Verwaltungen**

1031 **Wir stärken die Städte**

- 1032 Eine moderne Landespolitik wird sich auch der Entwicklung der Städte und
1033 Großgemeinden annehmen. Deshalb investieren wir insbesondere in
1034
1035 • die Fortführung der städtebaulichen Förderprogramme
1036 • einen städtischen Wohnungsbau, der sich an den individuellen Bedürfnissen
1037 der Menschen orientiert
1038 • die Belebung der Genossenschaftsidee für eine moderne Großstadtpolitik
1039 • Projekte zur Förderung der Stadt-Umland-Kooperationen

1040 **Starke Kommunen**

1041 Wir wollen die soziale und kulturelle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen stärken.
1042 Sie müssen ihre vielfältigen Aufgaben wie z.B. den Ausbau von Kinderkrippen und
1043 Kindertagesstätten, den Erhalt einer guten schulischen Infrastruktur sowie kultureller
1044 Einrichtungen dauerhaft und solide wahrnehmen können.

1045
1046 Sie müssen darüber hinaus ihre eigene Verwaltung zukunftsfähig, bürgerfreundlich
1047 und kostengünstig gestalten können.

1048
1049 Durch die Reduzierung des kommunalen Finanzausgleichs um 120 Mio. € ist dieses
1050 für viele Städte und Gemeinden deutlich erschwert worden.

1051
1052 Um die genannten Ziele gemeinsam zu erreichen, wollen wir für diese Zwecke
1053 schrittweise die Finanzkraft wieder stärken. Bis zum Ende der Legislaturperiode
1054 wollen wir erreichen, dass den Städten und Gemeinden wieder 120 Mio. € jährlich
1055 gezielt zur Verfügung stehen.

- 1056
1057 • Wir streben eine Reform der Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein an,
1058 um finanzielle Mittel nicht unnötig durch bürokratische Verfahren zu
1059 verschwenden.¹⁶
1060
1061 • Um die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und um
1062 Doppelarbeit zu vermeiden, streben wir eine Übertragung von
1063 Landesaufgaben auf die kommunale Ebene an. Auf diesem Weg kann die
1064 Verwaltung bürgernäher werden.
1065
1066 • Wir werden Anreize schaffen, um moderne Kommunikationsmittel stärker in
1067 der öffentlichen Verwaltung einzusetzen, damit immer mehr Bürgerinnen und

¹⁶ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

1068 Bürger ihre Behördenangelegenheiten auf elektronischem Wege von zu
1069 Hause aus erledigen können.

1070

- 1071 • Zu einer leistungsfähigen Verwaltung gehören auch leistungsfähige
1072 Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen dabei einen
1073 Vorrang für die öffentliche Wahrnehmung für diese Aufgaben.

1074 **Norddeutsche Kooperation**

1075 Wir schaffen eine neue Qualität in der Kooperation mit den norddeutschen Nachbarn,
1076 besonders mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Wir richten einen
1077 gemeinsamen Parlamentsausschuss mit Hamburg ein, der die bisherigen
1078 gemeinsamen Projekte begleitet, bewertet und neue entwickelt.

1079 **7. SCHLESWIG-HOLSTEIN – HEIMAT FÜR ALLE!**

1080 Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Als Einwanderungsland wollen wir
1081 Migrantinnen und Migranten gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wir stehen für
1082 eine weltoffene, gleichberechtigte und tolerante Gesellschaft, die die Vielfalt in
1083 Deutschland als Gewinn sieht.

1084

1085 Um dies zu erreichen werden wir in den kommenden 5 Jahren folgende Initiativen
1086 und Maßnahmen ergreifen:

1087

- 1088 • Einführung eines Wahlrechts im Land und den Kommunen orientiert am
1089 Wohnort, d.h. auch für Nicht-EU Bürger.
- 1090 • Kostenfreie Sprachförderungsangebote als Schlüssel für gesellschaftliche
1091 Teilhabe; losgelöst vom Aufenthaltsstatus.
- 1092 • Eine interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes mit dem Ziel den Anteil
1093 von Menschen mit Migrationshintergrund dort zu erhöhen.
- 1094 • Erhalt der Migrationssozialberatung als zentrale Anlaufstelle für neu
1095 Zugewanderte
- 1096 • Die Niederlassung von Selbstständigen erleichtern
- 1097 • Diskriminierungen bei Einstellungen und Hürden in den Arbeitsmarkt abbauen,
1098 sowie Unternehmen für die Charta der Vielfalt werben
- 1099 • Abschaffung der Abschiebehaft
- 1100 • Umsetzung der vom Flüchtlingsbeauftragten vorgeschlagenen
1101 Unterbringungsstandards
- 1102 • Eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für bereits integrierte
1103 Flüchtlinge
- 1104 • Aufhebung des Optionszwangs bei der Staatsbürgerschaft, soweit es uns über
1105 Bundesratsinitiativen möglich ist.

1106

1107

1108

1109

1110

1111

1112

1113

1114

1115

1116 Wir wollen ein neues Bild von Schleswig-Holstein entwickeln, ein Schleswig-Holstein,
1117 zu dem sich Zugewanderte wie Deutsche bekennen, ein Schleswig-Holstein, das das
1118 Alte und das Neue miteinander verbindet.
1119